

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,**

wenn man über einen Haushalt spricht, spricht man zunächst über Zahlen.

Über Erträge und Aufwendungen.
Über Millionenbeträge.
Über Investitionen und Kredite.
Über Umlagen, Steuern und Zuweisungen.

Aber ein Haushalt ist natürlich viel mehr als eine Ansammlung von Zahlen.

Ein Haushalt ist ein Spiegel dessen, **was wir uns leisten können, was wir uns leisten wollen
– und was wir uns vielleicht nicht mehr leisten können.**

Und deshalb habe ich Ihnen heute etwas mitgebracht.

Sie haben alle einen kleinen Spruch von mir auf Ihrem Platz gefunden.

Diese Sprüche sind nicht als dekorative Begleitung zur Haushaltseinbringung gedacht. Sie sollen zum Nachdenken anregen.

Denn Haushaltsberatungen sind am Ende immer auch Beratungen über Verantwortung.

Und sie sollen – trotz aller schwierigen Zahlen – auch Mut machen.

Denn ich bin überzeugt: **Wir dürfen uns von der schwierigen finanziellen Lage nicht lähmen lassen. Wir müssen mit ihr umgehen.**

Die Lage der Kommunen

Bevor wir auf Recklinghausen schauen, lohnt sich deshalb ein Blick auf das große Bild.

Und dieses Bild ist inzwischen ziemlich eindeutig.

Die Kommunen in Deutschland befinden sich flächendeckend in einer schwierigen, teilweise prekären finanziellen Situation.

Der Finanzierungssaldo der Kommunen ist in den vergangenen Jahren massiv eingebrochen. Aus positiven Finanzierungssalden sind erhebliche Defizite geworden. Gleichzeitig steigen die kommunalen Schulden.

Und dabei findet inzwischen etwas statt, das wir vor einigen Jahren noch so nicht beobachten konnten:

Die Schuldenstände der Kommunen beginnen sich einander anzugleichen.

Nicht, weil es den besonders belasteten Kommunen plötzlich besser geht.

Sondern weil inzwischen auch viele Kommunen, die lange vergleichsweise solide aufgestellt waren, in eine zunehmend schwierige Situation geraten.

Die Entwicklung der kommunalen Verschuldung zeigt das sehr deutlich.

Auch die aktuelle Haushaltsumfrage des Städtetages NRW und des Städte- und Gemeindebundes NRW zeichnet ein sehr ernstes Bild.

Immer mehr Städte und Gemeinden können ihren Haushalt nicht mehr aus eigener Kraft strukturell ausgleichen. Immer mehr Kommunen müssen Rücklagen aufzehren oder geraten in die Haushaltssicherung.

Und die Entwicklung geht weiter.

Die Zahl der Kommunen in der Haushaltssicherung steigt. Für 2026 weist die Umfrage bereits 89 Kommunen aus – gegenüber 53 im Vorjahr. Für die Folgejahre wird ein weiterer Anstieg prognostiziert.

Das bedeutet:

Das Problem ist längst kein Problem einzelner Kommunen mehr.

Es ist ein strukturelles Problem der kommunalen Ebene.

Und genau deshalb dürfen wir auch nicht so tun, als könnten wir es allein vor Ort lösen.

Kommunen brauchen eine auskömmliche Finanzausstattung

Wir als Stadt Recklinghausen bringen uns deshalb gemeinsam mit vielen anderen Städten sehr deutlich in die Diskussion ein.

Über den Städtetag.

Über das Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“.

In Gesprächen mit Abgeordneten des Landtags und des Bundestages.

In Veranstaltungen, bei politischen Gesprächen und gemeinsamen Aktionen.

Wir tun das nicht, weil wir keine Verantwortung für unsere eigenen Haushalte übernehmen wollen.

Im Gegenteil.

Wir tun es gerade, weil wir Verantwortung übernehmen.

Denn kommunale Selbstverwaltung funktioniert nur dann wirklich, wenn die Kommunen auch über die finanziellen Spielräume verfügen, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben brauchen.

Wenn immer mehr Aufgaben auf die kommunale Ebene übertragen werden, wenn soziale Ausgaben steigen, wenn die Kosten für Jugendhilfe, Eingliederungshilfe oder andere Pflichtaufgaben wachsen, dann kann die Antwort nicht dauerhaft lauten:

Dann spart eben die Kommune.

Denn irgendwann spart man nicht mehr an Überflüssigem.

Dann spart man an dem, was eine Stadt ausmacht.

An Infrastruktur.

An Angeboten.

An Personal.

An Standards.

An Zukunft.

Deshalb kämpfen wir weiter für eine auskömmliche kommunale Finanzausstattung.

Aber – und das ist mir genauso wichtig – wir müssen gleichzeitig unsere eigenen Hausaufgaben machen.

Recklinghausen: Unsere Zahlen

Und unsere eigenen Zahlen sind heute Anlass genug, sehr genau hinzusehen.

Die Haushaltsdaten haben sich gegenüber der Aufstellung des laufenden Haushalts weiter verschlechtert.

Das war bereits dem Controllingbericht zum 30. Juni zu entnehmen.

Für 2026 gehen wir inzwischen von einem Jahresergebnis von **minus 34,2 Millionen Euro** aus.

Das sind rund 12 Millionen Euro schlechter als der beschlossene Haushaltsplan.

Der Blick auf die vergangenen Jahre zeigt eine kontinuierliche Verschlechterung der Jahresergebnisse seit 2023 und insbesondere seit 2025 eine zunehmende Abweichung der unterjährigen Entwicklung von der Haushaltsplanung.

Für den Haushaltsentwurf 2027 bedeutet das:

Wir planen mit einem Defizit von **49,2 Millionen Euro**.

Für 2028 mit 55,4 Millionen Euro.

Für 2029 mit 68,6 Millionen Euro.

Und für 2030 bereits mit 76,9 Millionen Euro.

Das sind Zahlen, die man nicht schönreden kann.

Und das werde ich auch nicht tun.

Deshalb müssen wir bereits jetzt reagieren

Wir werden deshalb im laufenden Haushaltsjahr eine **restriktivere Haushaltsbewirtschaftung** vornehmen.

Die Kämmerei hat sich sehr genau angesehen, wo in den Budgets noch freie Mittel vorhanden sind.

Dort, wo noch Spielräume bestehen, werden Budgetvorgaben vorgenommen.

Wenn diese Grenzen erreicht sind, müssen zusätzliche Ausgaben begründet und durch die Kämmerei freigegeben werden.

Das ist kein Misstrauen gegenüber den Fachbereichen.

Im Gegenteil.

Es ist ein Instrument, um gemeinsam durch eine schwierige finanzielle Situation zu kommen.

Und selbstverständlich gilt:

Unabweisbare und zwingend erforderliche Ausgaben werden ermöglicht.

Wir wollen nicht verwalten, indem wir die Verwaltung handlungsunfähig machen.

Wir wollen steuern.

Wir leben von unseren Reserven

Besonders deutlich wird die Dramatik beim Blick auf unser Eigenkapital.

Wir haben in Recklinghausen bereits einmal erlebt, was es bedeutet, über viele Jahre Eigenkapital zu verlieren.

Zwischen 2008 und 2016 wurde kontinuierlich Eigenkapital aufgezehrt.

Dann folgten Jahre, in denen sich die Situation durch die Haushaltssanierung, eine gute Konjunktur, niedrige Zinsen und andere positive externe Faktoren deutlich verbessert hat.

Diese Phase ist vorbei.

Seit 2024 geht das Eigenkapital wieder deutlich zurück.

Und auch wenn die Altschuldenentlastung des Landes im Jahr 2026 einmalig einen sehr positiven Effekt von rund **38,5 Millionen Euro** hatte, dürfen wir uns dadurch nicht täuschen lassen.

Dieser Effekt verändert nicht die strukturelle Situation unseres Haushalts.

Er verschafft uns Luft.

Aber er schafft keine dauerhafte Luft.

Die aktuelle Planung zeigt: Die allgemeine Rücklage wird bis 2030 auf eine sehr dünne Decke zusammenschmelzen.

Dann haben wir kaum noch Puffer.

Und wenn diese Rücklage aufgezehrt ist, geht jedes weitere Defizit unmittelbar ins negative Eigenkapital.

Dann reden wir nicht mehr nur über den Verbrauch von Reserven.

Dann reden wir über **Überschuldung**.

Nach der aktuellen Prognose droht diese im Jahr 2031.

Das ist vielleicht die wichtigste Zahl, die ich Ihnen heute mitgeben möchte:

2031 ist nicht weit weg.

Das ist keine abstrakte Zukunft.

Das sind fünf Haushaltsjahre.

Und gleichzeitig steigen die Belastungen weiter

Dabei haben wir nicht einmal alle Risiken eingepreist.

Ein Beispiel ist die Landschaftsumlage.

Die Entwicklung der Landschaftsumlage ist erheblich.

Und die bevorstehenden Erhöhungen sind in der Kreisumlage, mit der wir derzeit rechnen, noch nicht vollständig abgebildet.

Das bedeutet:

Auch hier liegt noch ein zusätzliches Risiko für die mittelfristige Finanzplanung vor uns.

Hinzu kommen steigende Zuschussbedarfe insbesondere in den Bereichen Soziales und Jugend.

Die Zahlen sprechen eine klare Sprache.

Der Zuschussbedarf für Kinder, Jugend und Familie steigt in der Planung von rund 56,4 Millionen Euro im Jahr 2026 auf rund 65,5 Millionen Euro im Jahr 2027 und weiter auf rund 67,9 Millionen Euro im Jahr 2030.

Das sind keine freiwilligen Luxusausgaben.

Dahinter stehen Menschen.

Kinder.

Jugendliche.

Familien.

Menschen, die Unterstützung brauchen.

Und genau darin liegt eine der schwierigsten Aufgaben kommunaler Haushaltsplanung:

Wir müssen sparen, ohne uns einzureden, dass alles, was Geld kostet, verzichtbar ist.

Verschuldung: Die Altschuldenhilfe verschafft Luft – aber keine Lösung

Auch bei unserer Verschuldung gibt es Licht und Schatten.

Die Altschuldenhilfe des Landes hat sich positiv ausgewirkt.

Rund **38 Millionen Euro** im laufenden Jahr haben uns hier spürbar entlastet.

Das ist wichtig.

Aber auch hier gilt:

Dieser Effekt ist nicht dauerhaft.

Bereits Anfang kommenden Jahres wird dieser Entlastungseffekt weitgehend wieder aufgezehrt sein.

Die Altschuldenhilfe des Bundes hingegen ist in unserer Planung derzeit noch nicht berücksichtigt, weil der entsprechende Bescheid noch aussteht.

Wenn sie wie erwartet kommt, würde sie uns bei der Bedienung der Zinslasten über vier Jahre mit rund **600.000 Euro jährlich** unterstützen.

Das ist eine wichtige Entlastung.

Aber auch 600.000 Euro pro Jahr lösen kein strukturelles Defizit von mehreren zehn Millionen Euro.

Wir dürfen deshalb Entlastung nicht mit Sanierung verwechseln.

Investieren – aber mit Augenmaß

Und damit komme ich zu einem Punkt, der mir besonders wichtig ist.

Eine schwierige Haushaltslage darf nicht bedeuten, dass wir aufhören, zu investieren.

Eine Stadt, die nur noch ihre laufenden Rechnungen bezahlt, aber nicht mehr in Schulen, Straßen, Gebäude, Feuerwehr, Infrastruktur und Zukunft investiert, spart möglicherweise heute Geld – und produziert damit die Probleme von morgen.

Gleichzeitig können wir uns aber auch nicht jede Investition leisten, die fachlich wünschenswert wäre.

Wir müssen deshalb priorisieren.

Die Zahlen zeigen, dass wir unsere geplanten Investitionen und die Ermächtigungsübertragungen nach wie vor nicht vollständig realisieren.

Das ist zunächst ein Zeichen dafür, dass zwischen dem, was wir uns in den Haushalt schreiben, und dem, was wir tatsächlich umsetzen können, eine erhebliche Lücke besteht.

Und genau deshalb halte ich es für verantwortungsvoll, die **52,5 Millionen Euro aus dem LuKIFG** entsprechend dem Grundsatzbeschluss des Rates für bereits geplante Investitionen einzusetzen.

Für die Haushaltsberatungen wird die Verwaltung der Politik zusätzlich eine Liste der bislang noch nicht eingeplanten Mittel zur Verfügung stellen.

Dann können wir gemeinsam darüber sprechen:

Was brauchen wir wirklich? Was ist dringend? Was kann warten? Und was können wir uns unter den gegebenen finanziellen Bedingungen tatsächlich leisten?

Denn Priorisierung ist Politik.

Die Kreditmöglichkeiten werden enger

Auch bei der Verschuldung müssen wir sehr genau hinsehen.

Für 2027 haben wir beim 130-Prozent-Kreditdeckel praktisch keinen Spielraum mehr – lediglich rund 80.000 Euro.

Die mittelfristige Finanzplanung sieht derzeit darüber hinaus keinen zusätzlichen Spielraum vor.

Das bedeutet:

Wir können nicht einfach sagen:

„Dann finanzieren wir es eben über Kredite.“

Denn Kredite verschieben die Belastung in die Zukunft.

Und genau diese Zukunft ist bereits heute finanziell belastet.

Grundsteuer: Rechtssicherheit statt Dauerprovisorium

Ein weiteres Thema, das uns beschäftigt, ist die Grundsteuer.

Auch hier warten wir weiterhin auf die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts.

Die bisherigen Entscheidungen der Verwaltungsgerichte haben die differenzierten Hebesätze verschiedener Städte beanstandet. Gleichzeitig unterscheiden sich die Begründungen der Urteile.

Eine höchstrichterliche Klärung ist deshalb weiterhin offen.

Wir werden die weitere Entwicklung bis zur Haushaltsbeschlussfassung aufmerksam verfolgen.

Nach derzeitigem Stand zeichnet sich jedoch ab, dass wir an der Empfehlung aus unserer Berichtsvorlage festhalten und dem Rat im November empfehlen werden, zu einem **einheitlichen aufkommensneutralen Hebesatz für Wohn- und Nichtwohngrundstücke** zurückzukehren.

Das bedeutet nicht, dass wir die weitere rechtliche Entwicklung nicht ernst nehmen.

Im Gegenteil.

Wir wollen eine Entscheidung treffen, die unter den derzeitigen rechtlichen Rahmenbedingungen tragfähig ist.

Und wenn sich im kommenden Jahr durch die Rechtsprechung eine andere Bewertung ergibt, sind wir vorbereitet und können erneut reagieren.

Auch wenn über unsere anhängigen Klagen bislang noch nicht entschieden wurde, ist das Rechtsrisiko nach den vorliegenden Entscheidungen aus unserer Sicht zu hoch, um dauerhaft auf eine rechtlich unsichere Konstruktion zu setzen.

Was bedeutet das alles für uns?

Meine Damen und Herren,

wenn man all diese Zahlen nebeneinanderlegt, könnte man zu dem Schluss kommen:

Es geht eigentlich nur noch ums Sparen.

Ich glaube das nicht.

Aber ich glaube, dass wir **anders gestalten müssen als bisher.**

Wir werden uns künftig viel häufiger fragen müssen:

Was ist unsere Pflicht?

Was ist unsere politische Priorität?

Was ist wirklich notwendig?

Wo können wir Standards verändern?

Wo können wir Prozesse vereinfachen?

Wo können wir digitalisieren?

Wo können wir Leistungen anders organisieren?

Und wo müssen wir vielleicht auch den Mut haben, Dinge nicht mehr so zu machen, nur weil wir sie immer so gemacht haben?

Das wird nicht immer angenehm sein.

Und es wird auch nicht immer Zustimmung geben.

Aber Haushaltskonsolidierung bedeutet nicht, dass wir keine Ideen mehr haben.

Sie bedeutet, dass wir unsere Ideen an unseren Möglichkeiten messen müssen.

Und damit komme ich zu meinem Ausblick

Die Herausforderungen, die vor uns liegen, sind groß.

Grundsteuer.

Priorisierung von Investitionen.

Aufgabenkritik.

Standards und Prozesse.

Verschuldung.

Und in absehbarer Zeit auch die Haushaltssicherung.

Das sind keine kleinen Aufgaben.

Aber ich möchte diese Haushaltseinbringung trotzdem nicht mit einem Gefühl der Resignation beenden.

Denn eine Stadt ist mehr als ihr Haushalt.

Und ein schwieriger Haushalt bedeutet nicht, dass wir keine Zukunft haben.

Er bedeutet, dass wir uns sehr genau überlegen müssen, **wie wir diese Zukunft gestalten.**

Wir haben in Recklinghausen engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Wir haben Menschen, die jeden Tag dafür sorgen, dass unsere Stadt funktioniert.

Wir haben Unternehmen, Vereine, Initiativen und Ehrenamtliche.

Wir haben Menschen, die Ideen haben und Verantwortung übernehmen.

Und wir haben einen Rat, der über die Zukunft dieser Stadt entscheidet.

Deshalb möchte ich Ihnen mit den Sprüchen auf Ihren Plätzen nicht sagen, **was** Sie entscheiden sollen.

Ich möchte Sie vielmehr daran erinnern, **warum** wir hier sitzen.

Wir sind nicht gewählt und bestellt worden, um es uns einfach zu machen.

Wir sind hier, weil Entscheidungen getroffen werden müssen.

Manche davon werden schwierig sein.

Manche werden uns vielleicht auch persönlich nicht gefallen.

Aber Verantwortung bedeutet nicht, nur dann zu entscheiden, wenn die Entscheidung leicht ist.

Verantwortung bedeutet, auch dann zu gestalten, wenn die Spielräume kleiner werden.

Und vielleicht ist das die wichtigste Botschaft dieses Haushalts:

Wir können nicht alles machen.

Aber wir können entscheiden, **was wir machen.**

Wir können Prioritäten setzen.

Wir können Prozesse verändern.

Wir können Verwaltung neu denken.

Wir können Investitionen auf das konzentrieren, was für Recklinghausen wirklich wichtig ist.

Und wir können weiterhin gemeinsam dafür kämpfen, dass die kommunale Ebene die finanziellen Möglichkeiten bekommt, die sie für ihre Aufgaben braucht.

Wir müssen nicht alles retten.

Aber wir müssen das Richtige bewahren.

Und wir müssen den Mut haben, Neues zu gestalten.

Genau darin liegt unsere Verantwortung.

Für Recklinghausen.

Für die Menschen, die hier leben.

Und für die Generationen, die nach uns Verantwortung für diese Stadt übernehmen werden.

Bevor ich zum Schluss komme, möchte ich noch denjenigen danken, die in den vergangenen Monaten mit großer Sorgfalt, viel Ausdauer und nicht selten auch unter erheblichem Zeitdruck an diesem Haushalt gearbeitet haben.

Ein Haushalt dieser Größenordnung entsteht nicht von allein. Hinter den Zahlen, Tabellen und Prognosen steckt sehr viel Arbeit, viele Abstimmungen und eine Menge Verantwortung.

Mein besonderer Dank gilt deshalb den Kolleginnen und Kollegen der Kämmerei – allen voran Michael Lubrich, Pierre Monzner und Katharina Böhme. Sie haben die Aufstellung dieses Haushalts mit großem Engagement begleitet und dafür gesorgt, dass wir heute eine belastbare Grundlage für unsere weiteren Entscheidungen haben.

Dafür ganz herzlichen Dank – Ihnen und dem gesamten Team der Kämmerei.

Ich freue mich auf die kommenden Haushaltsberatungen, auf die Diskussionen und auch auf unterschiedliche Sichtweisen.

Denn gerade in schwierigen Zeiten brauchen wir keine Einstimmigkeit um jeden Preis.

Wir brauchen **Klarheit, Prioritäten und den gemeinsamen Willen, Verantwortung zu übernehmen.**

In diesem Sinne bringe ich Ihnen heute den Haushaltsentwurf 2027 ein. Vielen Dank.